

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

47. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 16. Februar 1909.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinserate ufw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Wertkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 19.

Die christlichen Gewerkschaften.

VI.

„Christlich-sozial ist Unsinn!“

Neben der führenden katholischen Welt waren es auch hervorragende Personen in lutherischen oder, wie man zu sagen pflegt, evangelischen Kreisen, welche der „Kampf gegen den Umsturz“ dazu trieb, mit der Arbeiterwelt in Fühlung zu treten, um sie als Sturmbock gegen eine selbständige Arbeiterbewegung zu benutzen, nicht zuletzt gegen die moderne Gewerkschaftsbewegung. Mit mehr oder weniger Recht betrachtete man eben Sozialdemokratie und Gewerkschaften als identische Begriffe. Den verworrenen Pfaden auch dieser Bewegung, die mehr den Spott als eine ernsthafte Bekämpfung herausfordert, zu folgen, verbietet der Zweck dieser Abhandlung. Die gewerkschaftlichen Bestrebungen der evangelischen Arbeiter bleiben weit hinter denen der katholischen Arbeiter zurück. Die ersteren befinden sich völlig im Schlepptau der M. Glabacher Führung, wo mehrwürdigerweise auch der Vorsitzende des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine, Sigentiat Weber, seinen Sitz hat.

Ein „soziales Königtum“, ein „soziales Christentum“ schwebte den konservativen Parteigängern Pfarrer Todt, Hofprediger Stöcker, Professor Adolf Wagner, Dr. Rudolf Meyer vor Augen, als sie im Dezember 1877 (siehe Erdmann, S. 269) den Zentralverein für Sozialreform auf religiöser und monarchisch-konstitutioneller Grundlage ins Leben riefen. Damals schrieb die „Neue Evangelische Kirchenzeitung“: „Wir speisen die Arbeiterwelt mit Worten ab, die Arbeiterwelt will Laten.“ Aber alles war vergebens, weder in kirchlichen noch in parteipolitisch konservativen Kreisen brachte man dem neuen Vereine nennenswerte Sympathien entgegen, so daß man nach neuen Mitteln Umschau halten mußte, um die Arbeiter an den Wagen des evangelischen Konfessionalismus spannen zu können. Da war es der streitbare Hofprediger Stöcker, der in diesen Tagen erst sein an Arbeit, Kämpfen und Enttäuschungen reiches Leben schloß, der mit der Gründung einer christlich-sozialen Arbeiterpartei „von unten auf, durch Mobilmachung der christlichen und ordnungstüchtigen Proletarierwelt der ‚Partei des Umsturzes‘ Einhalt zu gebieten“ gedachte. In seinen „Lebenserinnerungen“ schreibt Stöcker über die Zeit seines Hervortretens: „Es ist unsäglich, aber doch buchstäblich wahr, daß vom Jahre 1863—1877, wo wir Christlich-Sozialen hervortraten, nichts im öffentlichen Leben geschehen ist, außer dem Unwachsen der Sozialdemokratie selbst, um der verborgenen, aber unaufhaltbaren Idee entweder entgegenzutreten oder mit Verständnis entgegenzukommen. Durch dieses Übersehen oder Verschweigen ist ein wirkliches Verwahrnis der geschichtlichen Entwicklung eingetreten.“ Der Zweck seiner Arbeit sollte nun sein, „einen dauernden Angriff gegen den Umsturz zu organisieren und dauernde soziale Hilfe zu schaffen.“ Das von der neuen Partei entworfene Programm wies bemerkenswerte Forderungen auf, von denen einige sogar dem sozialdemokratischen Programm entnommen waren. Aber die Arbeiter blieben dieser Partei fern, so daß

sie schließlich beim Kleinbürgertum und einem fanatisierenden Antisemitismus endete. Die Rabalen, die Stöcker 1888 gegen Bismarck spann, in dem er einen persönlichen Widersacher vermutete, sowie seine politische Tätigkeit führten zu seiner Amtsniederlegung, die man bereits erwartet hatte. Und als im Jahre 1895 der bekannte „Scheiterhaufenbrief“ Stöckers aus dem Jahre 1888, worin Stöcker forderte, man möchte in konservativen Kreisen bestrebt sein, den Kaiser von Bismarck zu isolieren, veröffentlicht wurde, erlitt seine politische Stellung einen schweren Stoß, der für den „Herold der christlich-nationalen Arbeiterbewegung“, wie ihn sein Freund Mumm 1908 in Hamburg feierte, noch fürchtbarer wurde, als der Kaiser zum 60. Geburtstag des Freiherrn v. Stumm im Jahre 1896 das historische Telegramm sandte: „Stöcker hat geendigt, wie ich es vor Jahren vorausgesagt habe. Politische Pastoren sind ein Unding. Wer Christ ist, der ist auch sozial; christlich-sozial ist Unsinn und führt zur Selbstüberhebung und Unduldsamkeit, beides dem Christentume schnurstracks zuwiderlaufend. Die Herren Pastoren sollen sich um die Seelen ihrer Gemeinden kümmern, die Nächstenliebe pflegen, aber die Politik aus dem Spiele lassen, dieneil sie das gar nichts angeht.“ Mit Recht konnte einige Jahre später Stöcker sich darüber beklagen, daß die preussische Generalsynode dieses Urteil des Kaisers widerspruchslos hingenommen habe, wodurch die Diener der evangelischen Kirche zu Staatsbürgern zweiter Klasse erklärt wurden, „während der katholische Klerus unter der höchsten Anerkennung desselben Kaisers Politik oder Sozialpolitik treibt“. „Wie sollen die Arbeiter vor einer solchen Kirche Respekt haben?“ Ja, wäre Stöcker Abt von Maria-Laach gewesen! Stöcker war inzwischen aus der konservativen Partei ausgetreten, „weil diese Herr Stöcker vor die Wahl gestellt hatte, entweder seine christlich-soziale Agitation oder die Zugehörigkeit zur konservativen Partei aufzugeben“. Im Jahre 1896 erfolgte dann auf einem nach Frankfurt a. M. einberufenen Parteitage die Gründung der christlich-sozialen Partei als selbständiges und unabhängiges Unternehmen.

Diese Partei, mit der es nie etwas Rechtes geworden ist, brachte es im ganzen auf drei Mandate im Reichstage: Stöcker, Burckhardt und Behrens; letztere beiden kamen nur mit Hilfe des Zentrums durch. Inzwischen ist durch die Niederlage Mumm in dem alten Wahlkreise Stöckers (Siegen), den er seit 1881 vertrat, quasi der Zusammenbruch der christlich-sozialen Partei bestiegelt, denn nachdem in Berlin diese Partei überwunden ist, sichelte sie in das Siegerland, welches die Führung übernahm. Im ganzen brachte es die christlich-soziale Partei bei der letzten Reichstagswahl auf rund 70 000 Stimmen. Kläglich sah der alte, kranke Stöcker am Abend seines Lebens die von ihm seinerzeit mit so viel Glanz unternommene Attade auf den „Umsturz“ in einer wilden, ziellosen Flucht zusammenbrechen. Ein bitteres Schicksal, das auch seinem politischen Nachfolger Mumm beschieden ist, nur daß dessen Fall die Tragik versagt bleiben wird. Als Stöcker noch im Jahre 1906 in feindseliger Absicht gegen unsere Tarifabmachungen von „Vaterlandsfreunden“ 60 000

Mark forderte, um die „3000 Braven“ (Gutenbergbündler) schützen zu können, blieb der Erfolg aus, trotzdem wenige Jahre vorher (1903) ein konservativer ostelbischer Großgrundbesitzer Herr Stöcker 150 000 Mk. auf den Tisch legte, „um einen Antivorkwärts, eine christliche Arbeiterzeitung zu begründen“. Mit diesem Gelde wurde jene Presse gegründet oder unterfützt, wie z. B. „Das Reich“, in der heute der Gutenbergbund seine warmen Fürsprecher hat. Ein ostelbischer Großgrundbesitzer als indirekter Verteidiger des Gutenbergbundes — eine wohlverdiente Würdigung!

Daß Stöcker dieses für einen Kämpfer tragische Ende fand, ist auch darauf zurückzuführen, daß er bei seinen Amtsbrüdern mehr Gegnerschaft als Gefolgschaft fand. Im Zenit seines Ruhms wurde er aberdings umworben, als aber „von oben“ der Wind umschlug, war es auch mit dem christlich-sozialen Eifer der evangelischen Geistlichkeit vorbei. Das Jahr 1890 hatte wie in katholischen so auch in evangelischen kirchlichen Kreisen die Furcht vor der Sozialdemokratie erweckt und den Ruf nach sozialpolitischer Tätigkeit gezeitigt. In den Februarerlassen des Kaisers erblichte man den Anbruch einer neuen „sozialen Ära“. Stöcker unterbreitete der preussischen Generalsynode ein soziales Programm, das angenommen wurde; scharfe Worte fielen auch gegen den „Mamonismus und Materialismus“ in den höheren Ständen und den „Agnostizismus der Gelehrten“ usw. Der preussische Oberkirchenrat erließ unterm 17. April 1890 eine Verfügung, in der den Geistlichen eine soziale Tätigkeit warm empfohlen wurde, dazu kam eine lebhaftige Tätigkeit in den christlichen Arbeitervereinen; am 6. August 1890 erfolgte in Erfurt die Gründung des „Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine Deutschlands“, der in seinen Satzungen den planmäßigen „Kampf gegen die Lehren der Sozialdemokratie“ aufnahm; Pfingsten 1890 wurde ein evangelisch-sozialer Kongreß nach Berlin einberufen (diese Einrichtung ist eine ständige geworden), der heute noch das Programm verfolgt, „die sozialen Zustände unsers Volks vorurteilslos zu untersuchen, sie an dem Maßstabe der sittlichen und religiösen Forderungen des Evangeliums zu messen und diese selbst für das heutige Wirtschaftsleben fruchtbarer und wirksamer zu machen.“ Trotz aller Bemühungen ist dieser Kongreß bedeutungslos für die Arbeiter geblieben. Vier Fünftel Geistliche machen heute die Mitgliederzahl dieses Kongresses aus.

Inzwischen kam aber der Umschlag. Der Freiherr v. Stumm besaß das Ohr des Kaisers; dessen soziale Umschauungen hatten sich infolgedessen gewandelt, und wiederum war es jetzt der preussische Oberkirchenrat, der in seinem Erlasse vom 16. Dezember 1895 den Geistlichen nachdrücklich ans Herz legte, „sich aller sozialen Tätigkeit zu enthalten, da es deren Aufgabe sei, der Seelen Seligkeit zu schaffen“. Dieser Erlaß ist eine offensichtliche Kopie des Kaisertelegramms an Freiherrn v. Stumm, und die ohnedies geringe soziale Tätigkeit der evangelischen Geistlichkeit schloß nun ganz von selbst ein. Überflüssigerweise hielt es noch 1897 die vierte ordentliche Generalsynode für geboten, „daß sich die Geistlichen von einer mit der Würde und den

Pflichten ihres Amtes nicht zu vereinbarenden agitatorischen Tätigkeit fernhalten". Keiner war berechtigt dazu als Stöcker, wenn er die Tätigkeit der evangelischen Kirche für die Massen im Jahre 1898 in der „Deutschen Evangelischen Kirchenzeitung“ u. a. wie folgt kritisierte:

Der Kirche fehlt das volkstümliche Wirken. Bei der akademischen Vorbildung auf das geistliche Amt wie bei der Gemeindepredigt rechnet man viel zu sehr auf die paar Prozent Gebildeten, deren Masse der Kirche den Rücken kehrt, und denkt zu wenig an die Bedürfnisse des kleinen Mannes... Man stelle sich nur die eine Tatsache vor Augen, daß in der preussischen General Synode kein Arbeiter, Bauer oder Handwerker mitredet und mittatet. Kann eine solche Kirche volkstümlich sein? Unmöglich!... Es ist nicht zu leugnen, daß die Kirche sich viel zu stark in den Dienst der bestehenden Interessen gestellt und wichtige Sätze der christlichen Moral übersehen oder zurückgestellt hat... Wird die soziale Moral des Christentums gepredigt, aber nicht verwirklicht, so bildet sich in den Massen die Überzeugung aus, daß das Christentum ein bloßes Gedankenspiel und die Kirche ein Redesaal ist. Wird aber diese soziale Moral überhaupt verschwiegen, was aus Unkenntnis und Feigheit vielfach geschieht, so entsteht die zuweilen nicht unberechtigte Auffassung, die Kirche und ihre Predigt halte es mit den Reichen, nicht mit den Armen, mit den Honoratioren, nicht mit dem kleinen Manne, mit dem Kapital, nicht mit der Arbeit... Als die soziale Frage auftauchte in ihrer gewaltigen Bedeutung, da hat die Kirche dazu keine Stellung genommen. Es galt und gilt den meisten als selbstverständlich, daß sie auf Seiten der Besitzenden steht. Soziale Teilnahme für den vierten Stand, öffentliches Eintreten für seine Nöten und Bedürfnisse, die grundsätzliche Anerkennung seiner politischen Gleichberechtigung, das sind im gläubigen Protestantismus seltene Erscheinungen...

An diesem Zustand ist bis heute nichts geändert, und mehr als in katholischen Kreisen gilt im Gesamtverbande der evangelischen Arbeitervereine, im „Evangelischen Bund“, in der „freien kirchlich-sozialen Konferenz“ der Kampf gegen die Sozialdemokratie als den Arbeitern dienlichste Führgang. Von sozialer Tätigkeit keine Spur, wenn man das hilflose soziale Gestammel des „arbeiterfreundlichen“ Pfarrers Weber, des Vorsitzenden des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine, nicht als solche einschätzen will. Alle Klagen aus geistlichen Kreisen können daran nichts ändern, auch nicht die nach dem Muster des katholischen Volksvereins im Jahre 1903 auf Anregung des obengenannten Pfarrers Weber gegründete „Soziale Geschäftsstelle für das evangelische Deutschland“ als Unternehmen der „freien kirchlich-sozialen Konferenz“, die ihren politischen Stützpunkt in der christlich-sozialen Partei findet. Die freie kirchlich-soziale Konferenz ist in ihrer Organisation dem katholischen Volksverein auf evangelischer Seite am nächsten gekommen. Aber erreichen kann sie ihn nie. Dazu fehlt der evangelischen Kirche die Kraft und die Unabhängigkeit. Die genannte Konferenz, obwohl sie bereits seit zwölf Jahren besteht, ist in ihrem Programm, „das gesamte öffentliche Volksleben mit den lebendigen Kräften des Evangeliums zu durchdringen“, ohne jeden Einfluß geblieben, und erst ihrer „sozialen Geschäftsstelle“ ist es vorbehalten geblieben, eine Anzahl evangelischer Pfarververeine, Volksvereine und eine Anzahl evangelischer Arbeitervereine um sich zu versammeln. Diese soziale Geschäftsstelle fußt auf dem evangelisch-sozialen Programme des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine, welches die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Schäden unsers heutigen Volkslebens „gemäß den sittlichen Ideen des evangelischen Christentums“ umgestalten will, aber glücklicherweise die praktischen Wege, welche aus der Not der Zeit helfen sollen. Zu einer rettenden Tat kann sich eben die „Sozialpolitik“ der Tatsachenwissenschaft nicht aufraffen. Peinlich wird alles vertrieben, was den Kern der Sache angeht, vor allem aber darf keine selbständige Arbeiterbewegung sich entfalten, und wenn sie noch so sehr auf christlichem Boden steht. Dagegen hat man überall ein volles Maß von Kriegssarkasmen gegen die Sozialdemokratie. Die ganze evangelische Arbeiterbewegung ist überhaupt ein derartiges funkturbuntes Gemisch rückständigster Art, daß einem davor grauen könnte. Und wenn man sich außer Acht

Weber die Herren Mumm und Behrens als die Wortführer dieser Art „Arbeiterbewegung“ betrachtet, dann weiß man, was es mit der geistigen Bedeutung der evangelischen Arbeiterbewegung auf sich hat. Die eklatante Niederlage Mumm's im bisher christlich-sozial vertretenen Siegen ist der beste Beweis, wie man vor dieser Art Agitation und Propaganda und vor ihrem Resultat in dem eigenen Lager zurückschreckt. Es wird sich immer abgegeschloffen bleiben, daß sich die evangelische Arbeiterbewegung einen beachtlichen Einfluß verschaffen kann. Deshalb wird sie, soweit verwendbar, von M. Glabbach aufgefaßt und ist beinahe als ein Glied der katholischen Arbeiterbewegung zu bezeichnen.

Daß selbst die Bestrebungen der so zahlreich christlichen Gewerkschaften den „sozialen“ Pastoren noch zu weit gehen, bewies der 1907 in Essen abgehaltene Kongreß für innere Mission, auf dem der Superintendent Steinler (Posen) erklärte: „Ich stehe den christlichen Gewerkschaften kritisch gegenüber“. Pastor Zilleßen (Berlin), uns Buchdruckern bestens bekannt, erklärte, daß er die jetzigen Bestrebungen nicht mitmachen könne. „Mein christliches Gewissen verbietet mir, mich an Streiks und Aussperrungen zu beteiligen... Ich kann demzufolge keine Organisation befürworten, die den Streik aufnimmt.“ Ein Pastor Kahlenbock aus Köln erklärte, er könne mit den christlichen Gewerkschaften nicht mitmachen. Man könne nicht unterstützen, daß ein Stand gegen den andren kämpft, was der Herr Pastor vielleicht mal den Herren mit den schwarzen Rüstern in Rheinland-Westfalen erzählen mag, aber nicht den Arbeitern. Weiter meinte der Redner, der Ursprung der christlichen Gewerkschaften liege im Ultramontanismus, und deshalb heiße es für die innere Mission „auf der Hut zu sein“. „Und dann die Tonart in den christlichen Gewerkschaften! Da können wir nicht mitmachen.“ Der Vorsitzende des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine, Pfarrer Weber in M. Glabbach, verwahrte sich dagegen, daß man seitens der Referenten einseitig die Sache der christlichen Gewerkschaften zu sehr betont habe. „Aber wir evangelischen Arbeitervereine sind auch noch da; wir haben zuerst die Fahne der christlich-nationalen Arbeiterbewegung aufgerollt, nicht die christlichen Gewerkschaften; wir haben auch ein viel sozialeres Programm als die paar Sätze der christlichen Gewerkschaften.“ Dieses „viel sozialere Programm“ bekundete der Kongreß dahin, daß er bereit sei, „der Arbeiterschaft in der Pflege christlich-nationaler Gesinnung zu dienen und ihr zur Gewinnung der geistigen Ausrichtung und beim Ausbau ihrer Wohlfahrtsanstaltungen behilflich zu sein.“ Das ist in Wahrheit nicht bloß bei der innern Mission das soziale Programm, sondern in der praktischen Behandlung in der maßgebenden evangelischen Welt überhaupt. Zu weiterm und höherm darf man sich nicht verfeigen, denn für einen Königstreuen und staats-erhaltenden evangelischen Mann gilt das Wort des Summeepiskopus der evangelischen Kirche: „Christlich-sozial ist Unsinn!“

Aus den Jahresberichten 1908.

Mitgliedschaften.

In Leer stehen den 21 Verbandsmitgliedern (darunter jedoch vier in Weener und eins in Westhaudersehn) noch 25 Nichtmitglieder gegenüber, an denen aber auch die intensivste Agitation nichts auszurichten vermochte. Hier kann erst mit der Zeit ein Wandel eintreten, die Konflikte der letzten Jahre wirken noch zu sehr nach. Auf tariflichem Gebiete sind jedoch die Verbände, die das vorausgegangene Jahr gebracht, wieder verheilt. Dem Nachwuchs wurde deshalb ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt, und hier ist wenigstens schon einiger Erfolg zu verzeichnen. Der Versammlungsbesuch ist mittelmäßig; es wird darum alles versucht, was zur innern Festigung der Mitglieder dienen kann. — Ludwigsburg muß leider einen Mitgliederrückgang von 49 auf 43 melden. Die schlechte Geschäftslage ist an diesem Umstande schuld, auch der mehrere Jahre als Vorsitzender fungierende Kollege Schuster ist dadurch dem Ortsvereine verloren gegangen. Der Ortsvereinsaufschwung an Konditionslosen wurde in Unbetradt der Verhältnisse nun aufgehoben. Die Frequenz der Bibliothek ist flau. Leider ist auch für Ludwigsburg zu konstatieren, daß zur Übernahme eines Amtes die Kollegen so schwer zu haben sind.

In Magdeburg stieg die Mitgliederzahl von 571 auf 653, trotzdem sind noch 155 Nichtorganisierte vorhanden, die zum größten Teil dem Lokalen, fast schon 60 Jahre bestehenden, jetzt auf seine Unterstützungszwecke beschränkten Magdeburger Buchdruckerverein angehören. 90 Seiger- und 51 Druckerlehrlinge bilden den gewerblichen Nachwuchs. Die Klagelieder Jeremia über den Mangel an Gehrlingen treffen also auch für Magdeburg nicht zu, was die unterschiedlichen Prinzipalblätter nicht übersehen wollen. Die Tarifgemeinschaft umfaßt 48 Druckereien und eine Schriftgießerei, nicht tariftreu sind vier Firmen. Am Ende des Jahres waren drei Prozent der Mitglieder arbeitslos! Seine volle Existenzberechtigung hat der paritätische Arbeitsnachweis erwiesen. Während derselbe im Jahre 1902 von 321 angemeldeten Gehilfen 174 Arbeit nachweisen konnte, vermittelte er im Jahre 1908 bereits 537 von 754 insgesamt angemeldeten Arbeitslosen. Von den 754 Anmeldungen entfielen 546 auf in Magdeburg wohnende Gehilfen, 208 auf auswärtige. Das Tarifschiedsgericht trat achtmal zusammen, brachte es dreimal zu einem Vergleich, entschied zweimal zugunsten der Gehilfen und wies drei Klagen der letzteren ab. Ein Gehilfe, dessen Klage mit Stimmengleichheit abgelehnt war, legte Berufung bei dem Tarifamt ein und wurde hier endgültig abgewiesen. Bei einer Klage erklärte sich das Schiedsgericht für nicht zuständig und verwies den Kläger an das Amtsgericht. — Die als Ortsverein fungierende Mainger Typographia zählte am Schlusse des 41. Vereinsjahres 281 Mitglieder, woraus hervorgeht, daß nicht sämtliche Verbandsmitglieder zugleich der Typographia angehören. Der an Konditionslose gezahlte Beitrag hat noch nie eine solche Höhe aufzuweisen gehabt. Groß waren auch die Aufwendungen für die Bibliothek. — Die Geschäftslage in Mannheim war, wenn man die allgemeine schlechte Konjunktur in Betracht zieht, immerhin noch leidlich zu nennen. Die Zahl der Konditionslosentage hat sich zwar von 2884 auf 3203, also um 319 Tage erhöht, hingegen haben sich die Krankentage, die ja die Arbeitslosenaffen beeinflussen, von 5463 auf 4378, also um 1085 Tage verringert. Die Mitgliederzahl stieg von 398 auf 411. Die tariflichen und organisatorischen Verhältnisse sind gute und ist für beide Teile nicht mehr viel zu holen. Das Vereinsleben war, angeregt durch die wichtigen Vorgänge innerhalb der Gesamtorganisation sowie des Gauvereins, ein lebhaftes, obwohl ein erheblicher Teil der Mitglieder sich teilnahmslos fernhält. Das Zusammenarbeiten mit den örtlichen Vereinigungen der einzelnen Spartenorganisationen war ebenfalls ein befriedigendes. Als besondere Vorkommnisse seien erwähnt die am 1. Oktober erfolgte Errichtung eines Gaubureaus sowie die Übernahme der Bezirkskassenangelegenheiten durch den Gauverwalter. Auch wurde mit diesem Zeitpunkte die Reisegaststube vom Nachbarbezirk Ludwigshafen nach Mannheim verlegt. — In Meinungen ging es gleich zur Anfang des Berichtsjahres etwas stürmisch zu, die Frage der Neutralität war der Differenzpunkt. Gauvorsteher Seig erschien aber als Friedensengel, es trat dann wieder Ruhe ein. Die Teilnahme an den Versammlungen könnte besser sein; die Aufgaben des Verbandes wie auch die allgemeine Lage erfordern doch gewiß größeres, aufrechteres Interesse. — Für Minden i. W. verlief das Jahr 1908 ziemlich ruhig, kleinere Zwischenfälle stören dieses Gesamtbild nicht. Mit Ausnahme einer Druckerei sind alle Firmen am Orte tariftreu. Die Beteiligung an allen unsrer Organisation berührenden Fragen und Vorgängen war lebhaft. Im Mitgliederbestand ist ein Rückgang zu verzeichnen, mit 47 Mitgliedern am Jahreschlusse beträgt der Verlust sieben Kollegen. Die Seemastine hat in Minden nun ihren Eingang gehalten (bei Leonhardy & Co.) und darauf ist die Mitgliederreduktion auch mit zurückzuführen. Zwei Kollegen, von denen der eine 17, der andre 23 Jahre in erwähnter Druckerei tätig waren, sind die direkten Opfer des „Eisernen“. Der Versammlungsbesuch beträgt im Durchschnitt 41 Anwesende. Kollege Graßmann erstattete ein Referat. — Der Ortsverein Mülheim a. Rh. — Wergl. — Glabbach zählte zu Beginn von 1908 46, am Schlusse 42 Mitglieder. Der Rückgang ist auf schlechte Konjunktur und den Eingang der „Wergl. — Glabbacher Zeitung“ zurückzuführen. Im Durchschnitt waren die Versammlungen von 22 Mitgliedern besucht. Zur Aufklärung und Belehrung trugen durch Vorträge bei die Kollegen Graßmann sowie Bertram und Brachel (Köln). Als Fortschritt ist die Gründung einer Sengungsabteilung zu begrüßen, die sich kräftig entwickelt. — In Münster war das Vereinsleben im verflochtenen Jahr ein ziemlich reges. Die Versammlungen waren durchschnittlich von 50 Prozent der Mitglieder besucht, leider ist dies ein Rückgang von 5 Prozent. In drei von den dreizehn Versammlungen wurden zeitgemäße und belehrende Vorträge gehalten. Die Benutzung der Bibliothek hat sich erfreulicherweise nahezu verdoppelt. Sie wurde um 49 Bände bereichert. Von Interesse dürfte es sein, daß die vom Ortsvereine Münster aufgestellte Liste zur Krankentagenwertreue (von 24 Vertretern 20 Verbandsmitgliedern) mit großer Mehrheit gemählt wurde.

Für den Ortsverein Neubabelsberg war das vergangene Jahr das unerquicklichste, was je vorgekommen. Neben vier aber an dieser Stelle über die glückliche überwindenen Differenzen hinweg. (Wenn auch, wie erstensicherweise nur ganz vereinzelte Zuschriften [die wir uns nicht hinter den Spiegel gesteckt, aber anderswo sorglich aufbewahrt haben] erkennen lassen, nicht jeder Schriftführer mit der jetzt gehandhabten Zusammenfassung der Jahresberichte einverstanden ist, so kann, wofür der Fall Neubabelsberg aus dem verflochtenen Jahr urkundlicher Beweis, doch mancher Streit und Jamt auf diese Weise

vermiehen werden. Es hat also auch das vermeintlich Schlechte seine guten Seiten.) Bei Zimberg & Lessing ist im Überflutendwesen eine bedeutende Besserung zu verzeichnen; hoffentlich gelingt es, in der Beziehung noch mehr zu erreichen. Die Mitgliederziffer hob sich von 57 auf 67. Gut ist der Versammlungsbesuch, schlechter geworden die Benutzung der Bibliothek. — Neunkirchen a. d. Saar hat ein ziemlich ruhiges Jahr hinter sich. Den Vortragsstellungen von Bezirks- und Ortsvorstand gelang es, die Drucker in St. Wendel für die Tarifgemeinschaft zu gewinnen; der Prinzipal Müller dabei ist seinem Versprechen, ebenfalls den Tarif anzuerkennen, jedoch noch nicht nachgekommen. Vergeblich waren die in gleicher Richtung unternommenen Versuche bei den Firmen Born (Dttweiler) und Masche (Wiebelskirchen). Präzise Angaben über Zu- und Abnahme des Mitgliederbestandes werden im Bericht nicht gemacht. Die Versammlungen wiesen gute Beteiligung auf. Kollege Gutendorf (Saarbrücken) sowie die Kollegen Meyer und Leonhard von Neunkirchen hielten in denselben Vorträge. Die Bibliothek erfreut ansehnliche Vergrößerung. In der Vereinschronik von 1908 ist auch der Anschlag an das Gewerkschaftsstatut einer der bemerkenswerteren Vorgänge. Mit dem Jahre 1909 abzuhaltenden Bezirksjahrestagung in Neunkirchen hofft man dem Gewerkschaftsgedanken in den saarabischen Gesilden weitere Förderung angehen zu lassen. Das Jahr 1909 hat übrigens nicht vom besten angefangen, wurden doch vier Sechsmaschinen in zwei Zeitungsdruckereien zur Aufstellung gebracht, wodurch bereits sechs Kollegen ihre Kondition verloren. — Auch der Ortsverein Neunkirchen a. d. ist im Berichtsjahre dem Gewerkschaftsstatut beigetreten. Der Mitgliederwechsel ist groß, der Versammlungsbesuch ziemlich gut. Die Baumwohlfabrik von J. D. Gruschwitz & Söhne besitzt auch eine Hausdruckerei, in der zahlreiche ungelernete Arbeiter Gutenbergs Kunst verhandeln. Einem Maschinenmeister, der eine ihm zugewiesene tarifmäßige Kondition auskühlte, dafür jedoch in gedachter Hausdruckerei anfang, wurde der Kaufpaß gegeben. Zur Pflege des Technischen wurde der Graphische Klub ins Leben gerufen. — In Nordenham a. W. sind 13 Mitglieder vorhanden. Die Harmonie unter diesen wenigen Kollegen kann man sich idealer vorstellen.

Korrespondenzen.

K.-R. Gelsenkirchen. In der am 30. Januar abgehaltenen Versammlung gab der Vorsitzende Wendel zunächst ein Zirkular des Verbands- und des Gauvorstandes bekannt, die sich u. a. beide mit der Neuregelung der Aufstuferteilung vor Konditionsannahme befassen. Mit dieser Neuregelung konnte man sich keineswegs befreunden, da sie, abgesehen von der vermehrten Arbeitslast des Gauvorstehers, wohl kaum bessere Ergebnisse zeitigen wird als die bisher gehandhabte. Über die sanitären Verhältnisse bei der Firma Schaff und den „höflichen“ Ton des Geschäftsführers Preuße wurde lebhaft Klage geführt sowie ein unartiges Vorkommnis erwähnt, das, falls dem Vertrauensmanne die Regelung nicht gelingt, das Schiedsgericht beschäftigen wird. Da die sanitären Verhältnisse bei dieser Firma schon vor einiger Zeit Anlaß zu einer Beschwerde an den Gewerbeinspektor gaben, dieser aber bis jetzt nicht eingriff, wird sich der Vorstand nochmals an denselben wenden. Einige lokale Angelegenheiten bildeten den Schluß der gut verlaufenen Versammlung. Wengleich der Besuch dieser Versammlung etwas besser war als sonst, gibt es doch noch eine Anzahl Kollegen, die anscheinend den Weg zum „Gewerkschaftshaus“ nicht finden können, denen aber hoffentlich dieser Hinweis genügt, um sie zu veranlassen, sich ihrer Pflicht als Verbandsmitglied etwas mehr bewußt zu werden und zur Hebung des Versammlungsbesuchs beizutragen. Dies um so mehr, da wir bestrebt sind, die Versammlungen durch Vorträge usw. so anziehend wie möglich zu gestalten. In der nächststfindenden wird unseren Kollegen nach der Richtung schon etwas geboten werden.

lz. Sann i. W. In der Monatsversammlung vom 7. Februar brachte der Vorsitzende unter „Vereinsmitteilungen“ das Zirkular des Verbandsvorstandes betreffs Aufstuferteilung zur Verlesung. In der Diskussion, an welcher sich fast alle Kollegen beteiligten, wurde recht lebhaft Klage darüber geführt, daß es unter den heutigen Verhältnissen in den Druckereien Rheinland-Westfalens durch die verlebenden Arbeitszeiten, Entlohnung, Behandlung usw. unserm Gauvorsteher Unrecht unmöglich sein dürfte, dem Kondition Suchenden eine derartige Aufstufung zu erteilen, wie sie von dem betreffenden Kollegen gewünscht wird. Allgemein war man der Meinung, daß auch in Zukunft des Bezirks resp. Ortsvorständen das Recht eingeräumt bleiben müßte, eingehende Anfragen zu beantworten. Es wurde sodann beschlossen, zu demnächst in Dortmund stattfindenden Bezirksversammlung folgenden Antrag zu stellen: „Der Bezirk Dortmund möge beschließen: Die vom Zentralvorstande gegebene Weisung, nur der Gauvorstand habe in Zukunft das Recht, Auskünfte zu erteilen in Bezug auf Konditionswechsel nach anderen Orten, wird jedenfalls für verfehlt gehalten. Der Gauvorstand kann bei der großen Ausdehnung unsern Gau unmöglich in der Lage sein, über jede Druckerei im Gau eine solche Auskunft zu erteilen, die dem Kondition Suchenden Kollegen in der Weise entspricht, daß den Beschlüssen unserer Organisation Gerechtfame geschieht.“ Unter „Verschiedenes“ beschäftigte man sich mit einem Falle, der bei den Hammer Kollegen viel Staub aufwirbelte, sonst aber

ein Vorgang ist, woraus man andererseits keine Staatsaktion macht.

Anmerkung der Redaktion: Im vorstehenden Bericht wird gewünscht, daß den Bezirks- und den Ortsvorständen das Recht wie früher zustehen sollte, Auskünfte in Konditionsangelegenheiten zu erteilen. Es wird ganz dabei übersehen, daß gerade aus diesem Zustande so viel Klagen und Mißlichkeiten erwuchsen (auch im „Korr.“) beschäftigten sich in den letzten Jahren einige Artikelschreiber mit dieser Angelegenheit, daß die Organisationsleitung zu einer Änderung gedrängt wurde. Die in der letzten Tarifauskunftsvorberatung vorgebrachten Beschwerden zwangen dann einfach zu einer Neuregelung, denn das war häufig keine Aufstuferteilung mehr. Man sollte unsern Erachtens doch nun erst einmal abwarten, ob sich das neue System bewährt und eventuell dann auf Grund der gemachten Erfahrungen mit seinen Wünschen und dem Verlangen nach Veränderung kommen.

R. Gößli a. M. Die am 7. Februar im Gasthause „Zum Lannus“ abgehaltene Jahreshauptversammlung war nur schwach besucht. Nachdem der Jahres- und Kasienbericht erstattet war, wurde zur Vorstandswahl geschritten. Allgemein wurde über den schlechten Besuch der Versammlungen geklagt. — Die nächste Versammlung findet Ende März in Soden a. L. statt; in derselben wird Bezirksvorsitzender Pacht aus (Frankfurt) einen Vortrag halten.

Kempen (Rhein). Gegenüber den auf dem Unwege über Keweler mit anonymen Zufuhrenden betriebenen Bandungsverfälschungen des edlen Gutenbergbundes erklärt die Mitgliedschaft Kempen (die der einstmalig hier konditionierende Herr Rümmer glaubte bereits im Saale zu haben) mit dem Bemerkens, sich dies an „kompetenter“ Stelle gefälligst recht dicht hinter die Ohren zu schreiben, hiermit folgendes: Die Mitglieder des Ortsvereins Kempen des V. d. D. V. verbiten sich für die Folge ganz entschieden die Zufuhnung von Druckfälschungen des Gutenbergbundes, da sie die Überzeugung haben, daß für sie nur der Verband der Deutschen Buchdrucker als Organisation in Betracht kommen kann. Sie sehen ein Einmischung von dieser Seite in ihre Angelegenheiten als Verletzung an und danken ganz entschieden für solche anonyme Zufuhnungen. In dem gesunden Sinne der hiesigen Mitglieder wird jeder Fälschungsverfälschung scheitern, auch werden wir Sorge tragen, daß solche Schliche der Bündler ausgebeutet und der Bund hier gründlich Fiasko machen wird.

Zahr. Maschinenmeisterklub für den Bezirk Vahr. Am 30. Januar hielt unser Klub seine Generalversammlung ab, welche sehr zahlreich besucht war. Der alte Vorstand wurde per Applaus wieder gewählt. Einige technische Artikel kamen zur Verlesung und wurden diskutiert. Der Antrag, so bald als möglich eine Maschinenfabrik zu beschließen, soll entsprochen werden. Den Bericht über eine in Freiburg abgehaltene Konferenz nahm die Versammlung entgegen und war mit den dort gefaßten Beschlüssen einverstanden.

Biegnitz. Die Versammlung vom 6. Februar beschäftigte eingehend ein Vorkommnis, das wiederum in der Druckerei Krumbhaar sich zutrug. Ein vor etwa 1 1/2 Jahren dort eingestellter, d. h. wegen seiner Mitgliedschaft bei der Prinzipalstasse bevorzugter Kollege, wollte nach reiflicher Überlegung zum Verband überreten und zeigte seinen Austritt auch der örtlichen Verwaltungsstelle der Prinzipalstasse an. Zwei Tage darauf wurde er jedoch von Herrn Dr. Krumbhaar wegen dieses Sündenfalls ernstlich und lange ins Gebet genommen — mit dem Erfolge, daß der Betreffende seine Anmeldung zum Verbands wieder zurückzog. Das an den Ortsvorstand gerichtete Schreiben ist bezeichnend für den in Betracht kommenden Gehilfen, der alles sich so reiflich überlegt haben wollte, beziehend aber auch für die Firma Krumbhaar. In der Versammlung herrschte nur eine Stimme der Verurteilung über eine solche Einmischung in die Privatangelegenheiten der Arbeiter, die doch einer Beschränkung der Koalitionsfreiheit verleiht ähnlich sieht. Aus der übrigen, äußerst reichhaltigen Tagesordnung sei nur noch die Aufnahme zweier langjähriger Mitglieder der Prinzipalstasse (aus einer anderen Druckerei) erwähnt, weil man auch diesen Kollegen gegenüber gern ein ähnliches hochnotpeinliches Verfahren in die Wege geleitet hätte. Ein Unpaß war bereits unternommen — hier aber ohne Erfolg.

Schweidnitz. Am 16. Januar feierte der Ortsverein sein drittes Stiftungsfest im „Preussischen Hof“ unter vollzähliger Beteiligung seiner Mitglieder sowie zahlreichem Erscheinen von deren Angehörigen und geladenen Gästen. Der Hauptzweck, weitere Kreise für Zweck und Ziele unsern Verbandes zu interessieren, wurde von unserm Bezirksvorsteher Hoffmann (Wabenburg) in vollstem Maß erreicht. Theater und humoristische Vorträge hielten die Anwesenden in heiterster Stimmung, ein Längchen besorgte das übrige. — Wiederrum kann der Übertritt von zwei Kollegen, die längere Zeit dem Gutenbergbund angehört und hier sogar Vorstandsämter bekleideten, berichtet werden. Herr Hoffmann wird natürlich nicht verschelen, seine Kalchmischlichkeit durch die übliche Beschimpfung der Übergetretenen zu bezeugen.

Schwerin i. M. Die am 30. Januar abgehaltene Generalversammlung war von 90 Kollegen besucht. Nach Ablegung der üblichen Jahres- und Kasienberichte wurde die Neuwahl des Gesamtvorstandes vorgenommen, die in der Hauptsache die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes ergab. Im weiteren Verlaufe der Versammlung teilte Kollege Schlotter mit, daß die Prinzipale am 15. November v. J. eine Versammlung gehabt hätten, in welcher sie sich gegen die Errichtung eines Tarif-

Schiedsgerichts, aber für die Errichtung eines Preisnachweises ansprachen. In der Debatte darüber wurde betont, daß ein älterer Beschluß des Tarifrats dahin laute, ein Tarifschiedsgericht für beide Mecklenburg zu errichten. Sollte die Prinzipalität nun durchaus einen Arbeitsnachweis haben wollen, dann würden wir uns erst auf den älteren Beschluß berufen.

k. Straßburg i. El. Unsere erste ordentliche Hauptversammlung vom 24. Januar hatte einen guten Besuch zu verzeichnen. (Wenn man das so nennen kann, wenn von 704 Mitgliedern am Jahresabschluss etwa 250 erschienen.) Der Vorsitzende Punter erstattete zunächst den sehr beachtenswerten Jahresbericht, der später gebracht werden wird. Die Tagesordnung enthielt aber noch andere Punkte von Interesse. Der Bezirksbeitrag wurde beim alten belassen. Den Bericht vom Gewerkschaftsstatut erstattete Kollege Schira. Nach demselben stand der Antrag auf Wiederabstufung der Versammlungsstrafen zur Debatte. Nach einer lebhaften Diskussion und einigen Bemerkungen des Gauvorstehers Schmolli sowie des Vorsitzenden, die Strafen im Interesse des Friedens fallen zu lassen, da auch ein Vorgehen gegen die Nichtbezahler statutarisch nicht möglich sei, wurde demgemäß beschlossen und die noch übrig geliebten strafführenden Mitglieder aufgefordert, nunmehr die erste fällige Strafe zu bezahlen. 16 Kollegen (15 in ein- und derselben Druckerei) haben dies aber bis heute noch nicht getan, trotz höflichem schriftlichen Ersuchens seitens des Vorstandes. Es ist wirklich bedauerlich, daß von 700 Mitgliedern 16 sich weigern, einem Beschluß einer ordentlichen Hauptversammlung nachzukommen. Ein wenig Disziplin und gewerkschaftliches Denken wäre hier wohl am Platze. Nach Neuwahl der Vereinsfunktionäre (bis auf den zweiten Vorsitzenden und den ersten Schriftführer, die eine Wiederwahl ablehnten, die alten) wurde nach Bewilligung einer Summe (100 M.) zur Abhaltung von Vorträgen und Erledigung einiger internen Angelegenheiten die Versammlung geschlossen. Mögen die Kollegen, insbesondere die Gegner der Versammlungsstrafen, in diesem Jahre zeigen, daß sie auch ohne Strafen die Versammlungen besuchen können und Interesse am Vereinsleben zeigen, dann ist der Zweck des damaligen Vorstandsantrags erreicht.

Zeitz. Die Monatsversammlung am 6. Februar beschäftigte sich u. a. mit dem gegen ein von hier veröffentlichtes Aufnahmegebot eingereichten Proteste. Da diesem stattgegeben werden mußte, wäre für uns die Sache erledigt, wenn nicht das Blättchen der sich „christlich“ nennenden Jünger Gutenbergs nicht noch einige Bemerkungen nötig machen würde. Der „Typograph“ schrieb nämlich in seiner Nummer vom 29. Januar, auf das in Frage stehende Aufnahmegebot Bezug nehmend: „Die Tariftreue des Verbandes ist eitel Humbug, denn sonst könnte ein Kollege, welcher aus einer tariftreuen Firma kommt, nicht in den Verband aufgenommen werden.“ Bei Herrn Hoffmann und seiner Gemeinde malen sich eben nicht nur die tariflichen Dinge anders als sonst in Menschenköpfen. Mag es auch im Gutenbergbunde so sein, daß eine Ausschreibung der vollgogenen Aufnahme gleich zu achten ist, im Verband aber werden die Aufnahmegebot veröffentlicht, um zu prüfen, ob betreffender Gehilfe auch stuberein ist. Sapert es damit, wird einfach aus der Aufnahme in unsere Organisation nichts, wie auch unser Fall wieder zeigt. Der Verband ist nicht darauf angewiesen, alles anzunehmen, was da zuläuft, in Gutenbergbunde muß es aus sehr verständlichen Gründen freilich umgekehrt gehandhabt werden. Da an einer anderen Stelle noch gesagt wird, „man könne die Tariftreue in Zeitz nicht kontrollieren“, so sollte doch das einzige Mitglied des hiesigen „seiner Ortsvereins“ sich doch etwas mehr ins Zeug legen, um die Tariftreue des Verbandes als eitel Humbug aufzudecken. Der Letzte seines Stammes in Zeitz könnte das um so eher, als ja die händlerischen Spähaugen nicht sehen wollen, daß in unserm Bezirke Mitglieder des Gutenbergbundes noch für 19 M. bei zehnstündiger und längerer Arbeitszeit — den Tarif hochhalten! (Die letzten Wochen haben überhaupt den Ruhm der 94-prozentigen wieder recht aufgefischt; wir nennen nur: Marneufischen, Zahr, Schweidnitz, M. Gladbach, Garburg-Wilhelmsburg. Red.) Wir könnten dem Gutenbergbunde noch andre nette Sachen unter die Nase reiben. Wuß doch der Verlust des ausnahmsweise strammten händlerischen Ortsvereins Weisenfels schwer zu verwinden sein!

Rundschau.

Ferient! Die Firma Papierhaus Elbert in Darmstadt führte auf Wunsch des Personals Ferien ein. Nach zweijähriger Karenz werden zwei Tage und nach fünfjähriger Geschäftszugehörigkeit fünf Tage gewährt. Diese Vergünstigung gilt nur für Buch- und Steindruckgehilfen, während das Hilfspersonal vorläufig noch ausgeschlossen ist.

Appell amerikanischer Buchdrucker an die deutsche Arbeiterschaft! Der große Widerstand von einem kleinen Teil der amerikanischen Buchdruckerbelegschaft gegen die Einführung des Achtstundentags sowie einiger anderer besserer Arbeitsbedingungen, welche von den organisierten Buchdruckern der amerikanischen Union schon seit mehreren Jahren erstrebt werden, ist noch nicht gebrochen. Und an der Spitze dieser Bewegung steht immer noch die bekannte Butterick Publishing Company in New-York, worüber wir schon in Nr. 121 des „Korr.“ v. J. unter „Rundschau“ berichtet haben. Damals schon, im

Oktober v. J., richteten wir, einem speziellen Ersuchen unserer amerikanischen Kollegen folgend, einen kurzen Appell an unsere Mitglieder, ihr besonderes Augenmerk auf die von genannter Firma auch in Deutschland ziemlich verbreiteten Druckerzeugnisse zu richten und denselben die in solchen Fällen entsprechende Wertschätzung zuteil werden zu lassen. Die Firma behilft sich schon seit 1905 mit Streikbrechern, führt seit jener Zeit einen erbitterten Kampf gegen jede Forderung der organisierten Arbeiter und hat auch schon zu verschiedenen Malen die Gerichte gegen Weisungen in Anspruch genommen, um letztere ins Gefängnis zu bringen. Trotzdem hat sich aber die Butterick Publishing Company inzwischen zur Anerkennung des Achtstundentags bequemen müssen, jedoch die Anerkennung der Organisation und die Beachtung der von dieser präzisierten Regeln wird immer noch hartnäckig verweigert. Dieser Machtstandpunkt stützt sich auf die Annahme, daß die organisierte Arbeiterschaft wohl in Amerika instande wäre, der Firma Schaden beizufügen, nicht aber auf ihren internationalen Absatzgebieten. Von diesem Standpunkt aus glaubt die amerikanische Scharfmacherfirma auf die organisierte Arbeiterschaft und ihre berechtigten Forderungen mit Verachtung herabsehen zu können. Um nun aber dieser Butterick Publishing Company zu beweisen, daß die internationale Solidarität der Arbeiterschaft kein leeres Wort ist, hat die amerikanische Organisation der Buchdrucker eine Delegation nach Europa geschickt, die maßgebenden Instanzen um moralische Unterstützung in diesem Kampfe zu ersuchen. Infolgedessen hat sich auch die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands dazu entschlossen, einen diesbezüglichen Aufruf in der gesamten Arbeiterpresse zur Veröffentlichung zu bringen und damit die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft sowie weiterer Volkskreise für diese Frage zu erwecken. Unter Berücksichtigung dieser besonderen Umstände nehmen daher auch wir nochmals Veranlassung, die Kollegenschaft auf die Erzeugnisse der Butterick Publishing Company aufmerksam zu machen, in der wohlberechtigten Annahme, daß ohne nähere Erläuterung das richtige Verständnis die logische Anwendung folgen lassen wird. Spezialitäten dieser Firma sind hauptsächlich Schnittmusterbogen, welche unter den Namen: „New Idea“, „Deliniant“, „Dessigner“, „The Butterick Quarterly“ und „The Standard Quarterly“ in den Handel gebracht werden, ferner die monatliche Zeitschrift „Mobenreue“, „Buttericks Mobenalbum“ und „Buttericks Moden der Hauptstädte“, die in Berlin erscheinen. Alle diese Erzeugnisse sind Streikbrecherarbeit und dementsprechend zu behandeln.

Zur Anzeigensteuer nahmen bis in die letzten Tage die mehr oder weniger daran interessierten Körperschaften mit unerminderter Energie Stellung. Abgesehen von einigen Entgleisungen, welche in der Beurteilung dieser Frage das eine oder andere Fachblatt oder auch dieser oder jener „Fachmann“ sich zu leisten verpflichtet fühlen, kann doch ohne weiteres konstatiert werden, daß im großen und ganzen keine andere Steuervorlage der diesmaligen Finanzreform eine derartig allseitige und scharfe Ablehnung fand wie gerade die Reklame- und Anzeigensteuer. Der wirkliche Erfolg dieser Bewegung steht allerdings noch aus, aber es sind berechtigte Hoffnungen vorhanden, daß Regierung und Parlament es sich reichlich überlegen werden, ehe sie einem solchen Wechselballe von Reichssteuer gefehliches Leben einflößen. Denn die ganze Protestbewegung hat unzweideutig nachgewiesen, daß nicht nur das etwaige finanzielle Ergebnis auf sehr zweifelhaften Füßen steht, sondern auch die sonstigen Eigenschaften dieser Finanzoperation so delikater Natur sind, daß sowohl Befürworter wie Gegner wenig Freude daran erleben werden. Wenn wir bei dieser Betrachtung gewissermaßen vor Zoreschluß noch eine der besonderen Stellungnahmen seitens der interessierten Körperschaften zu registrieren und verpflichtet sehen, so ist es diejenige des Vereins Deutscher Papierfabrikanten. Dieser Verein fand es nämlich unterm 28. Januar in seiner Vorstandssitzung für notwendig, sich für die Inzeratensteuer auszusprechen. Hierfür war die „patriotische“ Erkenntnis maßgebend, daß die Mithilfe aller Bevölkerungskreise zur Aufbringung der unbedingt erforderlichen Mittel notwendig wäre, um eine Gesundung der Reichsfinanzen herbeizuführen. Dieses patriotische und nationale Empfinden der Herren von der Papiermaschine ist aber bei näherer Betrachtung ein sehr billiges Vergnügen. Denn bekanntlich haben die Zeitungspapierfabrikanten sich zu einem Syndikate zusammengeschlossen, welches es in der Hand hat, einen etwaigen Ausfall an Papierumfang mit Leichtigkeit durch Erhöhung der Papierpreise auszugleichen. Es ist eine allbekannte Tatsache, daß die Zeitungsvorleger diesem Zeitungspapier Syndikate vollständig machtlos gegenüberstehen und sogar in sehr vielen Fällen gar nicht wissen, aus welcher Fabrik sie ihr Papier erhalten, weil alles durch die Geschäftsstelle des Papier Syndikats erledigt wird. Unter solchen Umständen den „Patrioten“ zu mimen, ist für die Herren Papierfabrikanten ein Sport, der hiermit etwas besser beleuchtet sein soll. Es ist dies jedoch nur ein Beispiel von vielen, welches beweist, wie man auf andere Leute Kosten Befürworter der Inzeratensteuer sein kann. Denn durch die Bank läßt sich nachweisen, daß die wenigen Freunde dieser Schröpfung des Buchdruckerwerbes nicht etwa aus Vaterlandsliebe ihre Sympathie aufbauen, sondern auf der wohlberechneten Absicht, dabei im trüben Fischer zu können. Ein Grund mehr, das Ganze in den Dokus verschwinden zu lassen.

Zum Arztekreis in Köln. Der Krankenkassenverband des Aufsichtsbezirks Köln hielt eine Versammlung

der Vorsitzenden und leitenden Beamten der ihm angeschlossenen Orts-, Betriebs- und Innungsvereine zusammen ab, um sich über die allgemeine Situation auszusprechen. Der einstimmig gefasste Bescheid entnehme man die hauptsächlichsten Punkte. Danach hat sich das seit 1. Februar eingeführte neue Arztsystem bis jetzt für Mitglieder wie Kassen vollständig bewährt. Nach der eignen Angabe der neuen Ärzte waren zwei Drittel derselben durch die Behandlung der Kassenmitglieder bis jetzt noch nicht vollständig beschäftigt. Bis jetzt sei noch kein einziger Fall bekannt geworden, wo auf Verlangen eines Kassenmitglieds oder einem sonstigen Bürger Kölns seitens der neuen Ärzte nicht in kürzester Zeit ärztliche Hilfe geleistet wurde. Eine Befragung der sämtlichen erwerbsunfähigen und eines großen Teils der nur in ärztlicher Behandlung stehenden Mitglieder hat ergeben, daß berechtigte Klagen über die neue ärztliche Vorrichtung nicht vorgebracht wurden, im Gegenteil die Befragten sich durchaus lobend über die gründliche Untersuchung und sonstige Behandlung ausgesprochen haben.

Zur Gewerbeprüfungswahl in Leipzig ist nach Feststellung des amtlichen Wahlergebnisses noch zu melden, daß auf die Liste der freien Gewerkschaften nicht 20157 Stimmen, wie wir in letzter Nummer an dieser Stelle berichteten, abgegeben wurden, sondern nur rund 20000. Damit verringert sich aber auch die Beisitzerzahl der freien Gewerkschaften von 42 auf 41 und die der „Nationalen“ steigt sich von drei auf vier.

Die Buchdruckerhilfsarbeiter und -arbeiterinnen in Breslau haben mit der Prinzipalität einen Lohnvertrag abgeschlossen, der mit dem 1. Februar d. J. in Kraft getreten ist.

Die Lohnbewegung der Buchdruckerhilfsarbeiter in Linz führte zum Abschluß eines britischen Tarifs, welcher mit dem 8. Februar in Kraft getreten ist.

Gewerkschaftsbeiträge für politische Zwecke in England. Die größte Zahl der Arbeitervertreter im englischen Parlamente sind Gewerkschaftsmitglieder und erhalten als solche von den Gewerkschaften gewisse Zuschüsse, wofür die Gewerkschaftsmitglieder obligatorische Beiträge leisten. Gegen dieses Obligatorium hat nun schon im November v. J. ein Eisenbahner Klage gegen seine Gewerkschaft mit Erfolg erhoben. Nun hat auch in letzter Zeit ein Mitglied der Londoner Seegeresellschaft in gleicher Weise das Gericht gegen seine Gewerkschaft anrufen und ebenfalls ein Urteil zu seinen Gunsten erzielt. Das Gericht begründete seine Entscheidung damit, daß nach dem geltenden Gesetze die Gewerkschaften nicht berechtigt seien, ihre Mitglieder zur Unterfertigung einer politischen Partei zu zwingen. Die endgültige Entscheidung in dieser Frage hat nun das Haus der Lords zu treffen. Von dieser Entscheidung wird es also abhängen, ob in Zukunft die englischen Gewerkschaften noch eine selbständige Gewerkschaftspolitik treiben können, oder ob sie die Vertretung ihrer Interessen in den Parlamenten dem Gutdünken der einen oder anderen Partei überlassen müßten. Es wird deshalb versucht werden, eine entsprechende Änderung des Gewerkschaftsgesetzes durchzubringen, wie seinerzeit nach dem Taff-Bale-Urteil.

Reichsfinanzreform. Nach den neuesten Meldungen soll nunmehr die Annahme der Finanzreform gesichert sein, und zwar sollen sich die Blockparteien auf einen Kompromiß geeinigt haben, wonach die Nachlaß-, Elektrizitäts- und Inzeratensteuer fallen gelassen wird, dagegen der Tabak am stärksten und ferner das Bier stärker belastet werden soll. Für den Spiritus soll ein geeignetes Monopol beschafft sein.

Die Arbeitskammernkommission im Reichstage setzte die Beratung der Vorlage in vergangener Woche fort und kam bis zu § 6. Beschlossen wurde zum § 2, der den allgemeinen Zweck der Arbeitskammern festlegt, die Einfügung der Worte: „Unter gleichmäßiger Berücksichtigung der Arbeitgeberinteressen.“ Zu § 3 wurde ein Antrag angenommen, der den Kammern das Recht gibt, auch ohne Ansuchen der Staats- und Gemeinbehörden „Anfragen“ zu veranstalten. Auch die Mitwirkung beim Abschluß von Tarifverträgen und die Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen wurden durch Zusatzanträge zu § 3 anerkannt, im übrigen dieser Paragraph nach der Regierungsvorlage angenommen. Der § 4 der Regierungsvorlage fand ohne Abänderung Annahme. Mit diesem Paragraphen wird den Arbeitskammern das offizielle Recht zugesprochen, innerhalb ihres Wirkungsbereiches Anträge an Behörden, an Vertretungen von Kommunalverbänden und an die gesetzgebenden Körperschaften der Bundesstaaten oder des Reichs zu richten. Ebenso gelangte der § 5 der Regierungsvorlage unverändert zur Annahme. Damit ist den Arbeitskammern das Recht entzogen, über Anlegenheiten einzelner Betriebe zu verhandeln, denn § 5 schließt diese Befugnis ausdrücklich aus. Demnach wäre es für die zukünftige Arbeitskammer unmöglich, über Tarifverträge oder den Tarifbruch einzelner Firmen zu entscheiden, und damit ist auch ein eventueller praktischer Fortschritt z. B. für unser Gewerbe durch dieses Arbeitskammergesetz als gefährdet zu betrachten. Denn die bloße Mitwirkung beim Abschluß der Tarifverträge ist sehr problematischer Natur und wird speziell für den weitem Ausbau unserer Tarifgemeinschaft nur in sehr bedingter Weise in Frage kommen können. Eine umfangreiche Diskussion führte die Beratung des § 6 der Vorlage herbei. Nach der letzteren sollen die Arbeitskammern nur dort als Einigungsamt anrufen werden

können, wo kein Gewerbegericht besteht. Diese Einschränkung wurde speziell von sozialdemokratischer Seite lebhaft bekämpft und außerdem die Erweiterung dieses Paragraphen beantragt, daß es nicht nur den in der Kammer vertretenen Berufen gestattet sein soll, die Arbeitskammer zu Einigungsverhandlungen anzurufen, sondern auch andern Gewerbebetrieben im Geltungsbereich der Kammer dieses Recht eingeräumt werden sollte, und zwar hauptsächlich deshalb, weil die Unternehmer bei Lohnbewegungen in sehr vielen Fällen nicht nur die Arbeiter eines Berufs, sondern auch diejenigen anderer Berufe aussperrten. Die Vertreter mehrerer bürgerlicher Parteien standen diesem Vorschlag sympathisch gegenüber, die Redner der Zentrumspartei dagegen wünschten Beibehaltung des Wortlauts der Regierungsvorlage. Da eine Einigung über diesen Punkt in der Kommission in dieser Sitzung nicht zu erzielen war, wurde Fortsetzung der Debatte und die Beschlußfassung auf die nächste Sitzung vertagt. In dieser zweiten Sitzung über § 6 wurden soann sämtliche erwähnten Zusatzanträge abgelehnt, dagegen ein neuer Zusatz, wonach in Zweifelsfällen über die Zuständigkeit der Arbeitskammern oder des Gewerbegerichts als Einigungsinstanz diejenige Stelle maßgebend sein soll, die zuerst angerufen wird, angenommen und im übrigen der § 6 nach der Regierungsvorlage zum Beschluß erhoben.

Die Einführung von Arbeiterkontrollen im Bergbau im Sinne der Forderungen des letzten allgemeinen Bergarbeiterkongresses hat nach neueren Berichten die beste Aussicht verwirklicht zu werden. Im Gegenzug zu dem Vorschlag der preußischen Regierung, Arbeiterkontrollen nach dem Muster der im Saarreviere tätigen einzuführen, bringen die Zeichenbesitzer der Forderung des Kongresses, für je 2000 Bergleute einen Kontrollen im Hauptamt anzustellen und ihn als unabhängigen Vertrauensmann staatlich zu besolden, eine viel größere Sympathie entgegen. Während nach dem Regierungsvorschlag auf eine Belegschaft von 2000 Mann je nach den Verhältnissen etwa sechs nebenamtliche Kontrollen in Frage kämen, damit aber auch für beide Teile, Arbeiter wie Zeichenverwaltung, viel mehr Reibungsflächen geschaffen wären, und zwar insofern, als die Unabhängigkeit sowohl des Kontrollen als auch der Zeichenverwaltung in Frage kommen würde und jede Entlassung eines solchen Vertrauensmanns der Arbeiter aus irgendwelchen Gründen nur Erbitterung und Kampf zur Folge haben könnte, so würde der Vorschlag des Bergarbeiterkongresses nur einen Kontrollen für je 2000 Mann bringen, dafür aber einen unabhängigen und wirksamen Mann. Auch das geheime Wahlrecht würde im letztern Falle weniger auf Widerstand stoßen, da die Zeichenverwaltungen für den unabhängigen Kontrollen mit staatlicher Befolgung keine Verantwortung zu tragen hätten und dies lediglich nur den Arbeitern selbst zufallen würde. Es wäre bringend zu wünschen, daß Parlament und Regierung hier die günstige Gelegenheit nicht verpassen und die Wünsche beider Teile in verständiger Weise Gesetz werden lassen.

Tarifbewegung der Notenstecher. Mit dem 30. Juni d. J. läuft der Tarifvertrag im Notenstechergewerbe ab. Der Verband der Notenstecherhilfen nahm nun in seiner kürzlich abgehaltenen Generalversammlung in Leipzig zu dieser Frage Stellung und kam nach eingehender Diskussion zu dem Beschluß, eine andre Regelung des Tarifvertrags zu beantragen. Die wesentlichen Forderungen, die aufgestellt wurden, sind folgende: 1. Verlängerung der Arbeitszeit entsprechend der in den letzten drei Jahren gegebenen Arbeitsmöglichkeit; 2. den Zeitverhältnissen entsprechende allgemeine Tarifaufbesserung; 3. Aufnahme derjenigen Punkte in den Tarif, die durch Schiedsgerichtsentscheid geregelt wurden; 4. geringe Änderungen an einzelnen Positionen des Tarifs; 5. Abänderung der Lehrlingskata. Bedingt werden diese Forderungen in erster Linie durch eine große Arbeitslosigkeit und Einschränkung der Verlagstätigkeit der Musikalienverleger. Die letztere Erscheinung dürfte ohne Zweifel auf das Konto der bekannten Konjunkturgesellschaft zurückzuführen sein, deren aggressives Vorgehen gegen die Gelangs- und Musikcorporationen die letzteren nicht nur zu größerer Vorsicht, sondern auch zur Einschränkung der Neuanschaffungen von Musikalien drängte.

Briefkasten.

Nach Freiburg i. B.: Für die Heilstätte Friedrichsheim sind beim hiesigen Zeitungsamt zwei Exemplare überwiesen; reklamieren Sie das zweite Exemplar bei der Postanstalt in Randern. — R. K. in Straßburg: Der den Jahresrückblick bildende Teil des Berichts kann nicht so schnell gebracht werden. Bis diesmal das Alphabet zu Ende geführt ist, sind noch zwei oder drei Artikel notwendig. Dann kommen die zum Teil schon lange eingelangten Spartenberichte (zwei weitere Artikel), und dann folgen die Mitgliedberichten wieder an und folgen nach dem Alphabet. Den übrigen Wünschen soll aber weitest Rechnung getragen werden. — W. F. in Offen: Besten Dank; wird sich zum Teil verwenden lassen. — F. F. in Kassel: Können wir angeblich nicht angeben. Werden Erkundigungen eingehen. — M. G.: Wir kennen das Wort auch nur dem Namen nach, d. h. aus dem Inzeratenteil. Im allgemeinen ist aber in solchen Sachen einige Vorsicht geboten. — W. Sch. in S.: Selbstverständlich sind solche „Spaziergänge nach Syrakus“ nicht gestattet. — B. S. in Breslau: 2 Bl. — B. G. in Durlach: Wenden Sie sich an den Tarifamtssekretär Paul Schliebs, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.

und denselben die betreffende Unterstützung bewilligt: im Gau Berlin: 1. der 40jährige Seher Richard Wittich aus Berlin (rechtsseitige Lungentuberkulose), 2. der 43jährige Seher Alwin Politz aus Posen (unheilbare Geflehtkrankheit), 3. der 47jährige Seher Eduard Jahnert aus Berlin (chronische Gelenks- und Plattfüße), 4. der 53jährige Seher Theodor Panowsky aus Strassburg i. Westpr. (Nervosität, Krampfadern und Plattfüße), 5. der 57jährige Seher Paul Händeler aus Potsdam (hochgradige Lungentuberkulose) und 6. der 51jährige Seher Hugo Westberg aus Berlin (Nüdenmarktschwäche und allgemeine hochgradige Muskelschwäche, besonders des Herzmuskels); im Gau Dresden: 7. der 66jährige Seher Albert Schmidt aus Posen (chronische Blutgefäßverfälschung und Herzmuskelentzündung), 8. der 49jährige Seher Ernst Theodor Schönher aus Marienberg i. Sa. (chronisches Nervenleiden), 9. der 62jährige Seher Richard Mauff aus Dresden (auf beiden Augen grüner Star) und 10. der 63jährige Drucker Johann Gottlieb Ruchka aus Grimma (Herz- und Lungenasthma sowie Gicht); im Gau Elfaß-Lothringen: 11. der 46jährige Seher Camillo Fischer aus Mülhausen i. Elz. (Lungentuberkulose); im Gau Hamburg-Altona: 12. der 51jährige Seher Hermann Dührkop aus Lübeck (chronische Pleurergiftung) und 13. der 53jährige Seher Adolf Müller aus Hamburg (Epilepsie); im Gau Leipzig: 14. der 72jährige Seher Albert Moriz Härtig aus Dresden (chronischer Rheumatismus in den Händen und Fingergelenken), 15. der 41jährige Seher Paul Karl Krause aus Hofstein bei Pirna (Lungenkatarrh), 16. der 73jährige Seher Johann Gottfried Röber aus Grimma (Blutaderkrankung und chronischer Bronchialkatarrh) und 17. der 38jährige Seher Ernst Roland aus Röttha i. Sa. (Lungentuberkulose); im Gau Mittelrhein: 18. der 28jährige Seher Joseph Gernies aus Mainz (Anämie); im Gau Osterrhein:

Thüringen: 19. der 48jährige Seher Louis Knöfler aus Altenburg, S.-M. (Lungenleiden), 20. der 34jährige Seher Georg Hobermann aus Meiningen (Weirkrankheit) und 21. der 48jährige Seher Otto Kuhn aus Altenburg, S.-M. (chronischer Gelenkrheumatismus); im Gau Rheinland-Westfalen: 22. der 49jährige Seher C. V. Zudenburg aus Mülhausen i. Rh. (Nehghautschmund) und 23. der 29jährige Seher Rudolf Gröning aus Bielefeld (Herzleiden); im Gau An der Saale: 24. der Seher Bruno Hoffmann aus Merseburg (Überverfälschung); im Gau Schlesien: 25. der 30jährige Seher Franz Kroker aus Leisnig (Lungentuberkulose) und 26. der 62jährige Seher Jakob Dorn aus Gernsheim (Schlagaderverfälschung und Verfälschung der Herztanzgefäße); im Gau Württemberg: 27. der 68jährige Faktor Friedrich Handel aus Leonberg (chronische Nierenentzündung und Rheumatismus). — Invalidentand: übernommen vom 2. Quartale 1908: 687 Invaliden, neu hinzugekommen 27 = 714 Invaliden; hiervon Abgang 16 (gestorben 12, arbeitsfähig 2, Unterstützung entzogen 2), bleibt Invalidentand am 1. Oktober 1908: 698.

6. Verwaltung. Festgestellt und versandt zwei heftographierte und drei mit Nummern (11, 12 und 13) bezeichnete Zirkulare.

7. Geschäftsverlehr in obigen drei Monaten: 2202 eingegangene und 1823 abgegangene Postsendungen.

Osterrhein-Thüringen. An Einsendung der Beiträge zum Gaujahresberichte bis zum 20. Februar wird hierdurch erinnert.

Eisenach. Die Seher Emil Muschner, geb. in Mieschen (Bron. Posen), und August Fischer, geb. in Liebenthal, werden geordert, zur Begleichung ihrer Verbandsbeiträge sich umgehend mit dem Kassierer W. Kahlrausch, Katharinenstraße 28, in Verbindung zu setzen,

andernfalls Ausschluß beantragt wird. Die Herren Druckereivertrauensmänner werden gebeten, die Genannten auf diese Notiz aufmerksam zu machen.

Abreßveränderungen.

Münster. Bezirksmaschinenmeister(Lub.) Vorfigender: Paul Kast, Innere Uferstraße 9 II; Kassierer: Nikolaus Gille, Schützenstraße 25 I.

Arbeitslosenunterstützung.

Hauptverwaltung. Die Herren Verwalter wollen Quittungsbuch und Reiselegitimation dem Seher Paul Schmidt aus Bernburg (Hauptbuchnummer 36524) abnehmen und nach hier einfinden, auch gleichzeitig angeben, auf welcher Zahlstelle dem Kollegen Schmidt weitere Mitteilung gegeben werden kann. — Dem Seher Otto Peiser aus Stötteritz (Hauptbuchnummer 36865) ist gemäß § 11 Absatz 1 b der Beschlüsse a die Reiselegitimation abzunehmen.

Regensburg. Die Herren Verbandsfunktionäre werden ersucht, den Seher Eugen Gedle aus Freudenstadt (Hauptbuchnummer 72045) zu veranlassen, sein dahier seit Januar beim Reisekassenverwalter Jean Haupt, Engelburgergasse D 22 I, liegendes Verbandsbuch mit 2,50 M. einzulösen, widrigenfalls Ausschluß beantragt wird. — Ferner wird um Angabe der Adresse des Seher Georg Bonin aus Darmstadt ersucht zwecks Mitteilung.

Veranstaltungskalender.

Aller-Wefer. Bezirksversammlung Sonntag, den 14. März, in Werben. Anträge bis 1. März an den Vorsitzenden. Erfurt. Maschinenmeisterversammlung Mittwoch, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Prinz Karl“. Naumburg a. S. Versammlung Mittwoch, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Schwarzen Adler“.

Die organisatorische und die tarifliche

Geschichte des Gutenbergbundes.

Der Werdegang einer deutschen gelben Gewerkschaft.

Zugleich ein Beitrag für die tarifgemeinschaftliche Entwicklung im deutschen Buchdruckergewerbe seit 1892. Von Ludwig Rehgäuser. Verleger: Verband der Deutschen Buchdrucker. Versand: Radelli & Gille, Leipzig, Salomonstraße 8. — Preis pro Exempl. 15 Pf., auschl. Post.

An der Buchdruckerlehranstalt zu Leipzig ist am 1. April dieses Jahrs die Stelle eines Fachlehrers für die Drucker-Abteilung zu besetzen. Die Anstellung geschieht im Hauptamt und ist pensionsberechtigt. Das Anfangsgehalt beträgt 2800 Mk. Bewerbungen sind umgehend an die Geschäftsstelle des Vereins Leipziger Buchdruckereibesitzer, Leipzig, Platostraße 1, zu richten.

Monolinefieber mit langjähriger Praxis möglichst zum sofortigen Antritt gesucht. Werte Offerten sind zu richten an die **Monoline, Maschinenfabrik, Aktiengesellschaft, Berlin SW 134**

Linotypesetzer

mit mehrjähriger Praxis sofort gesucht in gut bezahlte tarifliche Stellung. Werte Angebote mit Altersangabe u. Lohnansprüchen unter Nr. 278 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Linotypesetzer

nächster, tüchtig und zuverlässig, mit dem Mechanismus der Maschine völlig vertraut, in dauernde Stellung mit Eintritt zum 1. März gesucht. Kenntnis der dänischen Sprache erwünscht. Jedoch nicht Bedingung. Ausschreibende Offerten mit Zeugnisabschriften erbeten. **„Apenrader Tageblatt“, G. m. b. H., Apenrade (Schlesw.-Holst.)**

Illustrationsdrucker

vertraut mit feinstem Drucke größerer Autotypenformen, nicht unerfahren im Dreifarbenrucke, Kenner des Bogenanlegers „Universal“, Frontbogenmaschine, sucht sich nach erstklassiger Firma zu verändern. Werte Offerten erbeten unter W. H., Postamt 3, Leipzig. [275]

Tüchtiger Höhefräser

an genaues, exaktes Arbeiten gewöhnt, findet sofort dauernde Kondition. Nur wirklich tüchtige und solide Kräfte wollen sich melden. **C. G. Weber, Schriftgießerei, Stuttgart.**

Galvanoplastiker

mit guten Zeugnissen über mehrjährige Tätigkeit, als

Präger und Abdecker

zum baldigen Antritte gesucht. Einsendung von Zeugnissen mit Angabe, wo bisher tätig gewesen, erwünscht. **Schriftgießerei Gensky & Heise in Hamburg.**

Wiederverkäufer

überall gesucht. Hohe Provision.

Gegen das Ankaufen der Brillengläser beim Eintreten in warme Lokale bewährt sich vorzüglich der **Hydrokist**. Gegen Einsendung von 50 Pf. (auch in Marken) erhältlich bei **Gründle, Wurg am Rhein.** [281]

TECHNIKUM FÜR BUCHDRUCKER

Bildungsstätte für jüngere Buchdrucker und Söhne von Buchdrucker-Besitzern, welche sich allseitige technische Bildung aneignen wollen, um den Anforderungen, welche die Neuzeit an den Faktor oder den Leiter einer Buchdruckerei stellt, gerecht werden zu können. Gehilfen, welche diesen Kursus mit Erfolg absolviert haben, werden ev. Stellen nachgewiesen. Prospekte sowie Lehrpläne durch die Geschäftsstelle Leipzig-R., Senefelder-Strasse 13-17.

H. MATHAEUS STUTTGART Gablenbergersstr. 71 a. l. u. r. a. l. a. g. gratis u. fr.

Stuttgarter graph. Anstalt Vogelsang-Strasse 16 R. **P. Sailer, Th. Leibius Nachf., Reislitzgraben u. Frank.**

Stottern

kann jeder selbst radikal beseitigen. Briefliche Auskunft kostenlos! (Rückporto.) **P. Lössin, Berlin W 57.**

TYPOGRAPHISCHE GESELLSCHAFT HAMBURG.

Mittwoch, den 17. Februar, abends präzis 8 Uhr: Besichtigung der Druckerei des „Hamburger Fremdenblatt“. Treffpunkt 7 1/4 Uhr in der Expedition, Große Bleichen. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand. Gäste willkommen

Buchdrucker-Stenographenverein „Gabelsberger“, Berlin.

Sonntag, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

Stiftungsfest

im „Graphischen Vereinshaus“, Magdalenenstraße 44. Kollegen als Gäste willkommen. Der Vorstand. [276]

Anhang zum Tarife, von Konrad Gehler.

Preis des Exemplars 10 Pf. (3 Pf. Porto). Bestellungen nehmen die Herren Verbandsfunktionäre sowie Georg Böckig, Leipzig, Salomonstraße 8, entgegen.

Goldner Winkelhaken

Leipzig, Friedrichstraße 9, Leipzig empfiehlend saubere Betten von 50 Pf. an. „Korrespondent“, „Allgem. Anzeiger“, „Buchdr.-Wochen“ liegen aus. **Paul Medam, alter Verkehrswirt.** [177]

Bruno Marx

Am 10. Februar verschied nach längerem Leiden unser treues Mitglied, der Setzer **Bruno Marx** aus Öls, im 33. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken! **278 Ortsvorort Breslau.**

Am 10. Februar verschied nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Setzer

Bruno Marx aus Öls, im Alter von 32 Jahren. Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren. Die Gehilfen der Breslauer Genossenschaftsbuchdrucker. [272]

Richard Härtel, Leipzig-R.

(Inhaberin: Klara verw. Härtel) Kohlgrabenstrasse 43 liefert franco

Werke und Musikalien aller Art zu Ladenpreisen. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten. **Zabelnen zur Gahlerrechnung von Karl Lind-scher.** Diese seit Jahren bestehende Erleichterung des Berechnungsmodus ist jetzt in anderer Weise noch vergrößert worden, der Preis ist nämlich von 3 Mk. auf 1,20 Mk. herabgesetzt worden. Einer weiteren Einführung der praktischen Gahlerrechnungstabellen ist damit jedenfalls im hohen Maße Rechnung getragen. Geschichte der Segnmaschine und ihre Entwicklung bis auf die heutige Zeit. Von Karl Gernmann. Mit vielen Illustr. 1,20 Mk. (Die Systeme sämtlicher existierender Segnmaschinen und deren Technik.) **Der Faktor.** Bissbuch für Faktoren. Geb. 4 Mt.

Adressen für Zusendungen

an den „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ für Artikel und allgemeine redaktionelle Angelegenheiten: **Kudwig Rehgäuser;** für Korrespondenzen, Anzeigen und Gewerkschaftliches: **Willy Prall;** für Rundschau: **Charles Schäffer;** für Anbahnungsdienstleistungen, Inserate, Offerten, Postanweisungen usw.: **Georg Böckig;** sämtlich in Leipzig, Salomonstraße 8.